



INFO der Frauen Union der CDU Schleswig-Holstein

FU!

kompetent – kreativ – kooperativ

Herbst 2016

Liebe Frauen,

die nächste Landtagswahl am 7. Mai 2017 wirft ihre Schatten voraus. Die Kandidatinnen und Kandidaten der CDU machen sich bereit für einen engagierten Wahlkampf, um mit unserem Spitzenkandidaten Ingbert Liebing den nächsten Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein zu stellen.

Bereits im Juni haben wir unsere Landesliste aufgestellt, die aus Sicht der Frauen Union sehr gute Platzierungen für die Frauen enthält. Mit 8 Direktkandidatinnen und 5 weiteren Listenbewerberinnen konnte das CDU Quorum tatsächlich eingehalten werden.

Jetzt heißt es, Kurs auf den Wahlkampf einzuschlagen. Als FU-Landesvorsitzende möchte ich Sie ermuntern, sich mit voller Energie am bevorstehenden Wahlkampf zu beteiligen. Die Mitglieder des Landesvorstandes kommen sehr gern zu Ihnen in die Kreisverbände zu Veranstaltungen und Diskussionen.

Unser bewährtes Veranstaltungsformat „FU trifft“ ist einfach umzusetzen und garantiert eine kurzweiligen Talk-Runde mit besonderen Gästen, die auch ihre persönliche Seite zeigen können. Wir freuen uns über Ihre Aktivitäten vor Ort und sichern Ihnen unsere Unterstützung zu.

Gemeinsam müssen wir Frauen und Männer gleichermaßen überzeugen, dass die CDU Schleswig-Holstein die richtige Partei ist, die die besseren Konzepte und Antworten in der Landespolitik hat. Bitte rufen Sie uns zu Fragen und Anregungen gern an unter der Telefonnummer 0431 660 9933.

Ich freue mich auf eine tolle und erfolgreiche Vorwahlkampfzeit mit Ihnen.

Ihre

Katja Rathje-Hoffmann MdL
FU-Landesvorsitzende

Inhalt

Begrüßung der FU-Landesvorsitzenden	1
CDU-/FU-Frauen aktiv im Land	2
Kommunalpolitik – ja! Das kann ich auch!	2
Unsere Direktkandidatinnen für die Landtagswahl 2017 stellen sich vor	2
Sicherheit in einem Kieler Stadtteil	3
FU-Kreisvorsitzenden-Konferenz in Berlin	3
Bundes-FU <i>Kolumne unserer Beisitzerin im Bundesvorstand</i>	4
Aus dem Landtag	5
Termine	6
News-Ticker	6
Impressum	7
Mitgliederwerbung	8



CDU-/FU-Frauen aktiv im Land

Kommunalpolitik – ja! Das kann ich auch!

Zum zweiten Informationsvormittag zur Kommunal- und Landespolitik luden Frauen Union (FU) und Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) in das Landeshaus ein. Erneut ging es darum, dass Mandatsträgerinnen aus dem Land und den Kommunen sowie solche, die es werden wollen, einander kennenlernen und Erfahrungen austauschen konnten. Wunsch war auch in diesem Jahr, dass jede Frau eine weitere Frau mitbringen sollte.

Katja Rathje-Hoffmann, Landesvorsitzende der FU, begrüßte die Anwesenden. Der Landesvorsitzende der KPV Dr. Henning Görtz referierte über Chancen und Aufgaben in der Kommunalpolitik. Deutlich wurde, dass auch Kommunalpolitik nicht ohne Frauen auskommen kann. Im Anschluss daran gab Petra Bülow einen Erfahrungsbericht aus der Praxis. Als Vorsitzende des Gemeindetages Schleswig-Flensburg und Bürgermeisterin der Gemeinde Hollingstedt verfügt sie über einem reichhaltigen Erfahrungsschatz als Frau in der Kommunalpolitik. An diesen leider nicht immer positiven Erfahrungen ließ sie ihre Zuhörerschaft gekonnt teilhaben.



Foto: Katja Rathje-Hoffmann

Nachdem Petra Nicolaisen, stellvertretende FU-Landesvorsitzende und ehemalige Bürgermeisterin der Gemeinde Wanderup, den Vormittag inhaltlich launig zusammengefasst hatte, konnte die Veranstaltung ausklingen. Bei einem kleinen Imbiss konnten anschließend die (neuen) Kontakte vertieft und persönliche Erfahrungen ausgetauscht werden.

Unsere Direktkandidatinnen für die Landtagswahl 2017 stellen sich vor

Mit dieser INFO-Ausgabe beginnen wir mit der Vorstellung unserer Direktkandidatinnen für die Landtagswahl 2017. Auf den Listenplätzen drei und fünf befinden sich Katja Rathje-Hoffmann und Barbara Ostmeier.

Katja Rathje-Hoffmann

Jahrgang: 1963

Kreisverband: Segeberg
Wahlkreis 27, Norderstedt und Umland

CDU-Mitglied seit: 1990

Beruf/Tätigkeit: Technikerin, Landtagsabgeordnete

Tätigkeiten in der CDU:

Stellv. CDU-Landesvorsitzende. FU-Landesvorsitzende, stellv. CDU-Landtagsfraktionsvorsitzende, stellv. CDU-Kreisvorsitzende Segeberg, Ortsvorsitzende der CDU Norderstedt, sozialpolitische Sprecherin der CDU-LTF, Obfrau im 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

Vorrangig interessiert an den Themenfeldern Sozialpolitik, Gesellschaftspolitik, Frauenpolitik.



Barbara Ostmeier

Jahrgang: 1961

Kreisverband: Pinneberg,
Wahlkreis 23, Pinneberg/
Elbmarschen

CDU-Mitglied seit: 1996

Beruf/Tätigkeit: Volljuristin, Landtagsabgeordnete

Tätigkeiten in der CDU:

Vorsitzende des Innen- und Rechtsausschusses, Vorsitzende des 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, Justiz- und Sportpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion.

Vorrangig interessiert an den Themenfeldern: Stärkung des Justizstandortes Schleswig-Holstein, mit dem Ziel, das Vertrauen in unseren Rechtsstaat zu wahren, Stärkung des ehrenamtlichen Engagements, insbesondere über den Sport als größter Repräsentant.



Sicherheit in einem Kieler Stadtteil

Gemeinsam mit dem Kieler CDU-Ortsverband Mettenhof/Hasseldieksdamm hatte Dr. Stefanie Rönna, Kreisvorsitzende der FU Kiel und stellvertretende FU-Landesvorsitzende, zu einer Veranstaltung „Sicherheit im Stadtteil: Was können wir vom Land erwarten?“ eingeladen. Diskussionsgast war MdL Astrid Damerow, die einige Fakten referierte: Viele Einbrüche, zunehmende Gewalt, ansteigende Respektlosigkeit gegenüber Polizistinnen und Polizisten. Deutlich machte Damerow, dass etwas getan werden muss, um Menschen auch das Gefühl von Sicherheit geben zu können. Hier wurden auch die Vorfälle der Silvesternacht in deutschen Großstädten thematisiert sowie der engagierte FU-Einsatz für "Nein heißt Nein".



Foto: Floriana Igrishita

vlnr: Dr. Stefanie Rönna, Dr. Andreas Ellendt, Astrid Damerow

Die Vermittlung ausreichender Sicherheit ist im Zusammenhang mit einer ausreichenden Polizeistärke zu sehen. Bedingt durch die Flüchtlingskrise wurde unsere Polizei jedoch enorm gefordert und konnte nicht mehr alle originären Aufgaben wahrnehmen. Als Folge davon werden nun in Schleswig-Holstein jährlich 400 Polizisten eingestellt. Die Polizei muss aber auch in die Lage versetzt werden, dass sie schützen kann. Das heißt, dass sie ohne lange Diskussionen und Verzögerungen über eine entsprechende Ausrüstung verfügen muss. Hierzu gehören z. B. auch die so genannten Body-Cams. Eine Body-Cam ("Körperkamera") ist eine von Polizisten sichtbar getragene Videokamera, welche die Handlungen von Bürgern und Polizeibeamten dokumentiert. Obwohl diese bereits in den Bundesländern Hamburg, Bremen, Hessen und auch Bayern erfolgreich im Einsatz ist, wird sie in Schleswig-Holstein noch nicht genutzt.

Die CDU-Landtagsfraktion hat gegenüber der Landesregierung lediglich erreichen können, dass das Innenministerium ein Konzept zur Erprobung der Body-Cams erarbeitet. Die zentrale Aufgabe des Staates, die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger jederzeit zu gewährleisten, kann so sicherlich nur schwer erreicht werden.

FU-Kreisvorsitzenden-Konferenz in Berlin

Am 1. Oktober 2016 fand die diesjährige Kreisvorsitzenden-Konferenz der Frauen Union im Konrad-Adenauer-Haus unter dem Titel "Frauen programmieren ihre Zukunft" statt.



Foto: Dr. Stefanie Rönna, Annette Widmann-Mauz

Die Bundesvorsitzende Annette Widmann-Mauz stellte dar, dass es für die Zukunft der FU wichtig ist, junge Frauen für die Arbeit in der FU zu gewinnen. Genauso notwendig ist es aber auch, die Frauen aller Altersstufen dauerhaft für die FU-Arbeit zu begeistern. Die FU will die Anliegen der Bevölkerung abbilden, attraktiv sein und wahrgenommen werden. Wenn es konkreten Sexismus geben sollte, wäre das inakzeptabel, müsse ernst genommen und Abhilfe geschaffen werden.

Trendexpertin Birgit Gebhardt wagte gemeinsam mit anderen engagierten Frauen den Ausblick in das Jahr 2037 und zeigte auf, wie unsere Arbeits- und Lebenswelt der Zukunft - Arbeitswelt 4.0 - aussehen könnte. Der Blick in die nächsten Jahrzehnte offerierte eine hochvernetzte Arbeitswelt, die räumlich und zeitlich flexibel organisiert ist und sich an den individuellen Lebensumständen orientiert. Dadurch könnten Innovationskraft, Effizienz und Effektivität gesteigert werden.

Die Arbeitswelt 4.0 oder auch der Onlinejournalismus bieten uns also große Chancen, verändern aber auch unseren Alltag. In drei Workshops wurde die FU-Zukunft dann ganz konkret themenbezogen diskutiert. So wurde hinterfragt, welchen Beitrag die Mitgliederbeauftragten zur Mitgliedergewinnung und -betreuung leisten können, wie mehr junge Frauen für die Politik gewonnen werden können und wie Mentoring für die Politik motivieren kann.

Ergebnisse waren z. B., dass spätestens innerhalb von fünf Tagen ein erster Kontakt mit Neumitgliedern erfolgen und positiv verstärkend mit unseren (Neu-)Mitgliedern umgegangen werden sollte. In Schwäbisch Hall werden z. B. offene Kreisvorstandssitzungen abgehalten, zu denen alle Mitglieder eingeladen werden. Nichtöffentliche Themen werden vor den öffentlichen Sitzungen besprochen.

Junge Union und Frauen Union können sich (noch) mehr vernetzen und gemeinsame Veranstaltungen durchführen. Auch könnte für jeden aus einem Amt ausscheidenden Mann eine Frau und umgekehrt nachfolgen. Das Mentoringprogramm der Frauen Union sollte - als besonderes Frauenförderprogramm - von allen Landesverbänden genutzt werden, da Frauen so Orientierung, Unterstützung sowie ein Netzwerk erhalten können.

Bundes-FU

Kolumne unserer Beisitzerin im Bundesvorstand

In der Septembersitzung des FU-Bundesvorstandes wurde u. a. das Thema "Kinderehe" intensiv diskutiert. Als "Kinderehe" bezeichnet man die Ehe zwischen einem volljährigen und einem minderjährigen Partner, zumeist Mädchen. Mit den Flüchtlingen haben uns auch andere Kulturen erreicht und damit auch Kinderehen.

Dr. Stephan Harbarth, stellvertretender Vorsitzender der CDU-/CSU-Bundestagfraktion, berichtete, dass es in Deutschland 1.475 registrierte Kinderehen mit einem Partner unter 18 Jahren und 400 registrierte Kinderehen mit einem Partner unter 14 Jahren gibt. Womöglich liegt die Dunkelziffer höher, die religiösen, vor einem Imam geschlossenen Ehen sind hierbei nicht enthalten.

Die Diskussion erfolgte engagiert und Einigkeit bestand darüber, dass der ursprüngliche Kinderschutz an erster Stelle stehen muss. Es ist auch keineswegs nachvollziehbar, dass Mädchen in kindlichem Alter - in dem sie eigentlich noch mit Puppen und Kuscheltieren spielen - gezwungen werden, einen häufig viel älteren Mann zu heiraten. So sieht kein Kinderschutz aus, da zudem auch nur zu häufig in Folge der Eheschließung Schulbesuch und Ausbildung unterbunden werden und gesundheitliche Risiken bestehen, z. B. durch Schwangerschaft und Geburt.

Aber, für im Ausland geschlossene Ehen gilt gegenwärtig grundsätzlich Bestandsschutz. Das deutsche Recht lässt derzeit noch in Ausnahmefällen mit Genehmigung eines Familiengerichts die Eheschließung mit einem minderjährigen Partner ab 16 Jahren zu (ca. 50 Fälle im Jahr). Eine Festlegung der Ehemündigkeit auf 18 Jahre würde jedoch neu geschlossene Ehen mit Minderjährigen in Deutschland nicht mehr zulassen. Jugendämter und Betroffene sollten das Recht erhalten, die Aufhebung einer Kinderehe bei Gericht zu beantragen. Zu klären ist ebenfalls, in welcher Art und Weise die Mädchen nach einer Zwangsehe aufgefangen werden können. Inhalte, die uns in Deutschland und auch über die deutschen Grenzen hinaus noch beschäftigen werden.

Ihre/eure Dr. Stefanie Rönnau

Aus dem Landtag

❖ **Kinderehen in Deutschland**

Katja Rathje-Hoffmann forderte eine gesetzliche Festlegung des Heiratsalters auf ausnahmslos 18 Jahre. Mit den zugewanderten Menschen hat uns auch das Thema „Kinderehe“ erreicht. Zumeist sind es Mädchen, die mit viel älteren Männern verheiratet (worden) sind. Bis heute ist nach deutschem Recht eine Heirat ab 16 Jahren mit Ausnahmegenehmigung möglich. Oft entsprechen die Asylbehörden dem Begehren minderjähriger weiblicher Flüchtlinge, sodass die bereits bestehende Ehe anerkannt wird. Rathje-Hoffmann fordert daher das Recht der jeweils zuständigen Jugendämter, die Auflösung einer Kinderehe durch ein Gericht beantragen zu können. Die betroffenen Mädchen sollen selbstbestimmt leben dürfen, zur Schule gehen und ihre Kindheit genießen dürfen.

❖ **Ausweitung des Fahrverbots für alle Straftaten**

Bisher kann nach deutschem Recht ein Fahrverbot als Strafmaß nur ausgesprochen werden, wenn die begangene Straftat im Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeuges begangen wurde. Barbara Ostmeier sieht die Umsetzung eines Fahrverbots als allgemeine Strafe nicht als Wundermittel, kann sich diese in manchen Fällen jedoch als wirksame Alternative zur Freiheitsstrafe vorstellen. Der Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages wird nun hierüber beraten.

❖ **Windenergie: Gemeinden wollen endlich eine Lösung für die Menschen**

Petra Nicolaisen machte nochmals deutlich, dass die CDU-Landtagsfraktion die Regionalplanung Wind als ein wichtiges Thema sowie ein gemeinsames Projekt

von Politik und Bevölkerung ansieht. Derzeit besteht allerdings noch immer eine erhebliche Unsicherheit darüber, inwiefern gemeindliche Entscheidungen im Rahmen der Regionalplanaufstellung berücksichtigt werden können. Kommunen und Menschen sind sehr unzufrieden, die Landesregierung scheint die große Bedeutung des Themas noch immer nicht erkannt zu haben und agiert leider nicht wirklich fachmännisch. Und schließlich wollte der Ministerpräsident der Landtagsdebatte zu diesem Thema unentschuldig fernbleiben. Thematisch zuständig sind für die Windenergie jedoch die Staatskanzlei und damit auch der Ministerpräsident. CDU, FDP und Piraten ließen den Ministerpräsidenten daher zwecks Teilnahme an dieser Debatte in den Plenarsaal zitieren.

❖ **Krippengeld**

Die Koalitionsfraktionen haben beschlossen, dass Eltern von Kita-Kindern im Alter bis zu drei Jahren von 2017 an bis zu 100 Euro monatlich (unabhängig vom Einkommen) erhalten. Daniel Günther und Katja Rathje-Hoffmann machten deutlich, dass die CDU die dafür verplanten 23 Millionen bei den Kommunen besser aufgehoben sehe, um Elternbeiträge senken zu können. Auch hätte man das Geld lieber für die qualitative Verbesserung der Kindertagesstätten genutzt

Termine

Hier können zukünftig auch Ihre FU-Termine stehen! Dadurch ist jede FU-Frau frühzeitig darüber informiert, welche FU-Aktivitäten in den anderen Kreisverbänden stattfinden und es wird dadurch auch einfacher, an den - für eine Teilnahme offenen - Terminen anwesend zu sein.

Wenn auch Ihre FU-Termine in unserem Newsletter veröffentlicht werden sollen, dann mailen Sie diese bitte an: stefanie.roennau@icloud.com. Die Termine werden dann in der jeweils nächsten Newsletter-Ausgabe veröffentlicht.

<u>Datum/ Uhrzeit</u>	<u>Ort</u>	<u>Veranstaltung</u>	<u>Hinweise</u>
08.11.2016 19.00 Uhr	Kiel, CDU-LGS	FU-Hauptausschuss	Bitte anmelden! helga.lucas@cdu-sh.de
19.11.2016 10.00 Uhr	Neumünster	CDU-Landesparteitag	Gesonderte Einladung!
08.12.2016	Kiel, Legienhof	FU-Kiel Weihnachtsfeier	Bitte anmelden! stefanie.roennau@icloud.de
09.12.2016	Kiel, Schiffahrtsmuseum	FU-Weihnachtsfeier	Bitte anmelden! helga.lucas@cdu-sh.de

+++ NEWS-TICKER +++

Wenn Sie möchten, können an dieser Stelle auch Ihre Neuigkeiten stehen!
Bitte mailen Sie mir dafür Ihre Information zu: stefanie.roennau@icloud.com.

+++ FU-Bundesehrenvorsitzende Rita Süßmuth in Kiel: Landesfrauenrat Schleswig-Holstein und Landesministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung hatten eingeladen. Süßmuth plauderte aus dem „Nähkästchen“, referierte spannend und launig und diskutierte zu „Demokratie und Emanzipation am Ende?“ +++ Herzlichen Glückwunsch: Carla Neisse-Hommelshaus, stellvertretende FU-Bundesehrenvorsitzende, wurde von der Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrates (DFR) zur Vorsitzenden des Fachausschusses „Flucht und Integration“ gewählt. Als Fachausschuss-Leiterin gehört sie dem neuen DFR-Vorstand an. +++ Frauen Union des CDU-Kreisverbandes Ahrweiler, Resolution gegen die Vollverschleierung von Frauen in Deutschland: „Die Frauen in Europa haben einen langen Kampf um ihre Gleichberechtigung geführt. Diese Gleichheit von Mann und Frau vor dem Gesetz ist für uns Verfassungsgrundsatz und unabdingbar. Eine vollverschleierte Frau, die dem Diktat der Familie, des Ehemanns, Vaters oder der Brüder unterliegt, entspricht nicht unserem gültigen Gleichheitsgrundsatz.“ +++ Nach Berechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft gibt es einen Bedarf von 886.000 Kita-Plätzen für unter Dreijährige und damit bei einem Bestand von 721.000 Plätzen eine Lücke von 165.000 Plätzen. Auch fehlen noch immer Öffnungszeiten, die Eltern eine reguläre Beschäftigung ermöglichen. +++ Frauenanteile der Parteien in 2015 - Grüne: 38,6 % | Linke: 37,2 % | SPD: 32,0 % | CDU: 25,9 % | FDP: 22,8 % | CSU: 20,1 % (Zeitschrift für Parlamentsfragen) +++

Redaktionsschluss für das nächste FU-Info ist der 15.11.2016!

IMPRESSUM

FU Schleswig-Holstein/CDU-Landesverband Schleswig-Holstein
Sophienblatt 44-46, 24114 Kiel, Tel.: 0431/66 0 99 0, info@cdu-sh.de
Redaktion: Dr. Stefanie Rönnau



Wissen Sie eigentlich, wie wichtig Sie sind?

Liebe Leserin,

Sie können bei uns in der Frauen Union mitarbeiten – auch, wenn Sie (noch) kein Mitglied in der CDU sein sollten!

Wir sind Frauen verschiedenster Altersstufen, die beruflich in den unterschiedlichsten Bereichen bzw. als Familienmanagerin arbeiten, als Single oder in Partnerschaften leben, zum Teil Kinder und Enkelkinder haben und wollen mit unserem aktiven Einsatz für Frauen etwas bewegen. Wir freuen uns über jedes weitere Mitglied, das uns dabei unterstützen möchte!

Bei Interesse an einer Mitgliedschaft wenden Sie sich einfach an unsere FU-Landesgeschäftsführerin oder laden Sie sich den Mitgliedschaftsantrag (siehe unten) als PDF-Datei herunter und mailen Sie den ausgefüllten Antrag an: helga.lucas@cdu-sh.de.

Alternativ senden wir Ihnen den Antrag auch gerne postalisch zu. Schreiben/senden Sie uns einfach eine kurze E-Mail, einen Brief, ein Fax oder rufen Sie uns an.

Frauen Union der CDU Schleswig-Holstein, Sophienblatt 44-46, 24114 Kiel

Telefon: 0431 6609933, Telefax: 0431 6609999

E-Mail: helga.lucas@cdu-sh.de

Auszug aus der Satzung der Frauen Union der CDU Schleswig-Holstein:

Mitglieder der Frauen Union der CDU, die zugleich auch der CDU angehören, sind von der Zahlung eines Mitgliedsbeitrages an die Frauen Union befreit.

Mitglieder der Frauen Union der CDU, die nicht der CDU angehören, sind verpflichtet, einen monatlichen Beitrag zu zahlen, dessen Höhe von der Delegiertenversammlung beschlossen wird. Der monatliche Beitrag beträgt mindestens € 2,50. Er sollte nicht unter dem Mindestbeitrag der Partei liegen. Auf Antrag kann der Beitrag ermäßigt oder erlassen werden.

Download Aufnahmeantrag unter www.frauenunion.de

Eine Bitte in eigener Sache:

Seit der zweiten Ausgabe unseres Infos, wird dieses vermailt, um Portokosten sparen zu können. Sollten Sie FU-Frauen kennen, die unser INFO noch nicht erhalten, dann mailen Sie bitte diese Ausgabe an diese weiter. Nachfolgend finden sie die Einwilligungserklärung zur Nutzung der E-Mail-Adresse durch den FU/CDU-Landesverband. Nach Rücksendung an unsere Landesgeschäftsführerin Frau Lucas ist es möglich, das FU-Info jeweils direkt zuzumailen, was wir selbstverständlich auch sehr gerne machen werden.

Einwilligungserklärung für personenbezogene Daten im Internet

Ich erkläre hiermit meine Zustimmung zu der Veröffentlichung nachfolgender Daten (bitte entsprechendes ankreuzen und Daten eintragen):

Name	<input type="checkbox"/>	_____
Vorname	<input type="checkbox"/>	_____
Adresse	<input type="checkbox"/>	_____
Telefon	<input type="checkbox"/>	_____
Fax	<input type="checkbox"/>	_____
Mobil	<input type="checkbox"/>	_____
E-Mail	<input type="checkbox"/>	_____

und Informationen sowie Bildmaterial meiner Person, dies in Kenntnis über die jederzeit widerrufliche Berücksichtigung der Informationen/Daten, für die oben genannte Internetadressen des CDU Landesverbandes Schleswig-Holstein.

Eine Kopie der von mir unterzeichneten Einwilligungserklärung habe ich erhalten.

Datum/Unterschrift: _____